

## NACHRICHTEN

## Tödliche Unruhen in Madagaskar

Antananarivo. Bei Unruhen in Madagaskar sind am Samstag mindestens ein Mensch getötet und 16 weitere verletzt worden, wie der Leiter eines Krankenhauses in der Hauptstadt Antananarivo mitteilte. Mehrere Tausend Demonstranten hatten sich trotz eines Verbots der Behörden versammelt, um gegen neue Wahlgesetze zu demonstrieren. Die Polizei ging mit Tränengas gegen die Demonstranten vor. Die Opposition wirft Präsident Hery Rajaonarimampianina vor, er wolle seine Kritiker wenige Monate vor den Wahlen mundtot machen. *AFP/nd*

## Türkei: CHP-Abgeordnete wechseln zu neuer Partei

Istanbul. 15 Abgeordnete der größten Oppositionspartei CHP in der Türkei sind zur neu gegründeten İyi Parti (Gute Partei) übergetreten. Sie seien dazu aus der CHP ausgeschieden, hieß es am Sonntag. Die konservative Partei von Ex-Innenministerin Meral Akşener hat jetzt 20 Abgeordnete und kann im Parlament eine Fraktion gründen. Laut Wahlgesetz erfüllt sie so die Bedingungen für die vorgezogenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 24. Juni. Derweil gab Staatschef Recep Tayyip Erdoğan zu verstehen, dass der Ausnahmezustand nach den Wahlen noch für Monate verlängert werden könnte. *dpa/nd*

## Abe spendet für umstrittenen Schrein

Tokio. Der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe hat einen Baum für den umstrittenen Yasukuni-Schrein in Tokio gestiftet, in dem auch verurteilte Kriegsverbrecher geehrt werden. Der Regierungschef plant nach Medienberichten vom Sonnabend aber keinen Besuch. Auftritte von Politikern dort sorgen regelmäßig für Kritik aus den Nachbarstaaten. Der Schrein glorifiziert Japans Aggressionskriege, teilte das südkoreanische Außenministerium mit. *AFP/nd*

## Dagestan: Neun Tote bei Anti-Terror-Einsatz

Moskau. In der südrussischen Teilrepublik Dagestan sind bei einer Razzia neun mutmaßliche Attentäter getötet worden. Wie das nationale Anti-Terror-Komitee am Sonntag mitteilte, erfolgte die Razzia nach dem Hinweis auf eine Gruppe, die sich in der Stadt Derbent versteckt halte und einen Anschlag in Russland am 1. Mai plane. Bei Schusswechseln seien neun Verdächtige getötet worden. In Dagestan an der Grenze zu Tschetschenien im Nordkaukasus gibt es immer wieder islamistische Angriffe. Die Aufständischen haben der Dschihadistenmiliz IS die Treue geschworen. *AFP/nd*

## Das Machtkalkül ist entscheidend

Politikwissenschaftler Khagendra Prasai über die bevorstehende Vereinigung der linken Parteien in Nepal



Khagendra Prasai ist Direktor des Zentrums für Nepal-Studien mit Sitz in Kathmandu. Das linke Forschungsinstitut engagiert sich in der Bildungsarbeit und bietet Politikberatung sowie politische Analyse an. Mit ihm sprach für »nd« Stefan Mentschel, der das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Südasi- en leitet.

Foto: Stefan Mentschel

**Nepals Linke wollte am Sonntag Geschichte schreiben. Nach jahrzehntelanger Rivalität war geplant, am symbolträchtigen 22. April, dem Geburtstag Lenins, die beiden großen kommunistischen Parteien zu vereinen. Warum wurde der Termin abgesagt?**

Nach meinen Informationen konnten sich die Parteiführer der Kommunistischen Partei Nepals – Vereinigte Marxisten-Leninisten (CPN/UML) und der Kommunistischen Partei – Maoistisches Zentrum (CPN/MC) bislang nicht darauf verständigen, wie viele Mitglieder der jeweiligen Partei dem Politbüro angehören sollen. Die Maoisten bestehen auf der Hälfte der Sitze, die Marxisten-Leninisten beanspruchen dagegen eine Mehrheit.

**Wie kam es zu diesem Dissens?**

Ein wesentlicher Grund ist das Ergebnis der Parlamentswahlen Ende vergangenen Jahres. Die CPN/UML konnte 121 der insgesamt 275 Mandate erringen, die CPN/MC kam auf nur 53 Sitze.

**Dabei hatte diese Wahl erst den Boden für eine Vereinigung geebnet. Das ist richtig. Nur gemeinsam können beide eine stabile linke Regierung bilden – und das haben sie auch vor.**

**Warum war das früher nicht möglich?**

In Nepal gibt es seit Ende des bewaffneten Konflikts im Jahr 2006 viele Wählerinnen und Wähler, die links wählen und damit Marxisten-Leninisten und Maoisten immer wieder zu

gemeinsamen Mehrheiten verhelfen haben. Allerdings standen sich beide Parteien lange in geradezu feindseliger Konkurrenz gegenüber. Das hat die Konsolidierung einer linken Mehrheit, geschweige denn gemeinsamen Regieren unmöglich gemacht. Bei der Anhängerschaft hat das zu erheblicher Frustration geführt.

**Was war nun anders?**

Bereits im Wahlkampf hatten sich beide Parteien mit einem gemeinsamen Wahlprogramm einander angenähert. Für die bislang entlang von Parteigrenzen zersplitterte Wählerschaft kam das einem Aufbruchsignal gleich, denn dadurch gab es für die Linke erstmals eine realistische Machtopion. Diese Aussicht bewirkte einen Stimmungsumschwung bei Parteimitgliedern, aber auch in Teilen der Bevölkerung – was zu dem guten Wahlergebnis geführt hat.

**Worin sehen Sie die Gründe für die Annäherung?**

Angesichts der bisherigen Rivalität kommt die Entwicklung hin zu einer Vereinigung für viele Nepalesen überraschend. Dazu zähle ich auch Parteimitglieder sowie Teile der Parteiführungen. So standen sich einige der Protagonisten, die sich heute für den Zusammenschluss starkmachen, gestern noch als politische Gegner gegenüber. Das ist für viele schwer nachvollziehbar. Allerdings kommt die Annäherung auch keinesfalls aus dem Nichts.

**Inwiefern?**

Trotz der Gegensätze gab es immer wieder Bemühungen, den Boden für



Anhänger der beiden K-Parteien auf einer gemeinsamen Wahlkampfveranstaltung

Foto: AFP/Prakash Mathema

ein Zusammengehen der Parteien zu bereiten. Anfang 2016 – zwei Jahre vor dem 200. Geburtstag von Karl Marx – wurde in Nepal ein Komitee gebildet, um die Feindschaften zu koordinieren. Diesem Gremium gehörten Kräfte aller linken Strömungen an. Die Arbeit des Komitees hat mit dazu beigetragen, ideologische und programmatische Gräben zu überwinden. Unter anderem gab es im Herbst 2017 eine Konferenz mit mehr als 500 Kadern aus allen Parteien, bei der eine Woche lang gemeinsam über linke Theorie und politische Praxis wie Fragen der Parteiorganisation diskutiert wurde. Dabei stand auch die Frage eines Zusammenschlusses der Parteien immer wieder im Raum.

**Haben diese inhaltlichen Debatten letztlich den Ausschlag gegeben?**

Leider nein. Der gegenwärtige Vereinigungsprozess basiert nicht auf der Erarbeitung gemeinsamer ideologischer Grundlagen und eines gemein-

samen politischen Programms, sondern vielmehr auf machtpolitischen Kalkül der Parteispitzen. Das wird auch durch den aktuellen Streit noch einmal sehr deutlich.

**Das klingt ernüchternd.**

Die Strategen haben sich die Wahlprognosen angeschaut und festgestellt, dass eine Partei allein keine Mehrheit bekommen wird und so letztlich beide verlieren werden. Deshalb entschieden sie sich, das Kriegsbeil zu begraben. Der Plan ging auf, und angesichts der Euphorie der Anhängerschaft ist der nächste Schritt nun die Vereinigung der Parteien.

**Was ist dabei die größte Herausforderung?**

Zunächst müssen die Parteiführungen die Differenzen aus dem Weg räumen. Ich gehe jedoch davon aus, dass das passiert und die Vereinigung kommen wird. Anschließend ist es unabdingbar, Räume für einen parteiinternen Diskurs zu allen strit-

tigen Fragen zu öffnen und damit letztlich Strukturen innerparteilicher Demokratie zu entwickeln. Denn bislang gab es diese weder bei den Marxisten-Leninisten noch bei den Maoisten.

**Welchen Aufgaben muss sich eine linke Regierung zuwenden?**

Die Erwartungshaltung der Anhängerschaft ist groß. Daher werden politische Erfolge von größerer Bedeutung für die Stabilität der Regierung sein als die parlamentarische Arithmetik. Es wird darum gehen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Nepals derart voranzutreiben, dass am Ende alle gesellschaftlichen Gruppen davon profitieren. Dafür muss sich eine linke Regierung auch mit den dominierenden marktkapitalistischen Kräften auseinandersetzen, damit der Umbau einer Gesellschaft funktioniert. Ob das in Nepal letztlich gelingt, werden jedoch erst die kommenden Monate und Jahre zeigen.

## In Chile wächst der Unmut über Präsident Piñera

Reformen der rechtsgerichteten Regierung lösen Massendemonstrationen in den Universitätsstädten aus

Von Malte Seiwert, Santiago de Chile

Sie kamen aus allen Ecken. Tausende Demonstranten versammelten sich an der Plaza Italia, dem zentralen Platz in Santiago. Von den nahegelegenen streikenden Universitäten

strömten Kolonnen von Studierenden. Kurz darauf setzte sich der Demozug in Bewegung. Immer mehr Menschen strömen in Richtung Plaza Italia, um am Freitag an der ersten großen Demonstration dieses Jahres teilzunehmen. Doch schon nach kurzer Zeit begannen die Augen zu tränen – erste Anzeichen des Einsatzes von »Stinktieren und Lamas«, so werden in Chile Tränengasautos und Wasserwerfer genannt. Diese greifen nach ein paar Hundert Metern den Demozug an.

Auch an der Bühne, auf der ein Konzert stattfinden sollte, setzt die Polizei tränengasgetränktes Wasser und gelbes Gas ein, worauf sich die Menge in alle Himmelsrichtungen auflöst. Bei dem darauf folgenden Chaos wurde laut Angaben der Studierendenorganisation CONFECH ein Demonstrant von einem Polizeiauto überfahren; er liegt derzeit mit Lebensgefahr im Krankenhaus. Weiterhin spricht die Organisation von irregulären Festnahmen und Übergriffen gegenüber Festgenommenen. Parlamentarier des linken Koalitionsbündnis »Frente Amplio« reichten Beschwerde wegen unverhältnismäßiger Gewaltanwendung bei der »Contraloría«, der staatsinternen Kontrollbehörde, ein.

Das neue neue Jahr der Proteste hatte am Donnerstag begonnen. Einen Monat nach dem Amtsantritt Sebastián Piñeras gingen um elf Uhr morgens in allen Universitätsstädten Chiles Tausende Studierende, Schüler\_innen und Lehrer\_innen auf die

Straße. Allein in Santiago sollen es rund 120 000 gewesen sein. Ihre Proteste richten sich gegen die neoliberale und erzkonservative Politik der Regierung; sie fordern eine Bildung frei von Profit und Sexismus. Auch wenn nun viele ein Wiederaufleben der Protestwelle von 2011 sehen wollen, ist es bisher vor allem die Repression, die an damals erinnert.

Angestachelt zur erneuten Mobilisierung hatten die ersten Reformen der rechtsgerichteten Regierung. Diese begrub innerhalb von einem Monat so gut wie alle Fortschritte der Vorgängerregierung unter der Sozialdemokratin Michelle Bachelet – nicht nur in der Bildung, sondern auch bei Frauenrechten. Zudem sorgen ihre Maßnahmen bei Themen wie Migration und Steuern sowie das Antiterrorgesetz für Aufsehen.

Kurz nach Amtsantritt der Regierung erklärte das rechts dominierte Verfassungsgericht das Verbot von profitorientierten Unternehmen im Bildungssektor für unzulässig. Das hatte die Bachelet-Regierung verhängt. Auch die von ihr erteilte Erlaubnis von Abtreibungen im Falle von vermuteter Totgeburt, Lebensgefahr der Mutter und Vergewaltigung wurde von der Piñera-Regierung eingeschränkt. Spitälern ist nun erlaubt, sich generell der Durchführung dieser Operation zu verweigern. Zudem gibt es zurzeit Städte, in denen sich alle Ärzte aus »Gewissensgründen« weigern, eine Abtreibung durchzuführen.

Präsident Piñera regiert derzeit vor

allem mit Dekreten, weil er in keiner der zwei Kammern des Kongresses auf eine Mehrheit zurückgreifen kann. Ein Erlass verschafft Großgrundbesitzer millionenteure Steuergeschenke – als Ausgleich für die derzeitige Exportflaute bei Früchten. Außerdem verfügt die Regierung Einreisebeschränkungen für Migrant\_innen. Das betrifft vor allem Menschen aus Haiti, die seit neuem sogar ein Touristenvisum in der Botschaft beantragen müssen.

In Chile selbst sind die indigenen Mapuche weiter im Visier. Mapuche-Organisationen warnen vor einer Erweiterung des Antiterrorgesetzes aus der Zeit der Pinochet-Diktatur zwischen 1973 und 1990. Sie beschwerten sich, dass die Regierung beim Hungerstreik eines inhaftierten Machi – eines spirituellen Oberhauptes – passiv bleibt. Der Machi Celestino Cordova, der sich seit fast 100 Tagen im Hungerstreik befindet, verlangt, für 48 Stunden in seine Gemeinde gelassen zu werden, um spirituell »aufzutanken«. Er beruft sich dabei auf internationale Gesetze, die es ihm garantieren, seine religiöse Funktion erfüllen zu können.

Laut Andair Fuentes, einem Studenten an der Universidad de Chile in der Hauptstadt Santiago, steht die Opposition noch am Anfang ihrer Formierung gegen die Politik der rechten Regierung: »Der Widerstand ist da, jedoch muss man sich noch auf gemeinsame und klare Forderungen einigen.«

## Protest in Budapest gegen Orban

Budapest. Zehntausende Menschen haben am Samstagabend im Zentrum von Budapest gegen die rechtsnationale Regierung von Viktor Orban demonstriert. Die Menge skandierte »Wir sind die Mehrheit!« und »Demokratie!«. Die Redner riefen dazu auf, immer wieder auf die Straße zu gehen, wenn Orban Regierung mit repressiven Gesetzen und Maßnahmen gegen die Zivilgesellschaft, unabhängige Medien oder kritische Mitbürger vorgeht. Es war die zweite Massendemonstration in Folge, nachdem Orban's Fidesz-Partei bei den Wahlen am 8. April mit 49 Prozent der Stimmen eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit im Parlament gewonnen hatte. Auch am Samstag vor einer Woche hatten Zehntausende in Budapest für die Demokratie demonstriert. Als eine der ersten Maßnahmen der neuen Volksvertretung hatte Orban die Annahme von Gesetzen angekündigt, die die Arbeit von Zivilorganisationen unmöglich machen sollen. Am letzten Donnerstag war bekannt geworden, dass die Open-Society-Stiftung des US-Milliardärs George Soros ihr Büro in Budapest schließen wird. Die Stiftung unterstützt Zivilorganisationen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, sowie wissenschaftliche Forschungen. Orban hatte Soros im Wahlkampf zum angeblichen Staatsfeind aufgebaut. *dpa/nd*

ANZEIGE

**YACHTKREUZFAHRT DURCH DIE MALERISCHE INSELWELT KROATIENS**

Familiäre Motoryacht für max. 40 Passagiere  
Versteckte Buchten und kleine Häfen abseits vom Massentourismus  
Kroatiens Perlen erleben: Maribor, Split & Dubrovnik

► Termin: 25.05. - 03.06.18    ► 10 Tage ab € 1.435,- p.P.

Ihre Reiseleistungen:

- > Haustürtransfer\* & Fahrt in modernen Reisebus
- > 2 x Übernachtung/HP in Maribor
- > 7 x Übernachtung/FR an Bord der Yacht MS Lupus Mare
- > 6 x Mittagessen an Bord
- > 1 x Abendessen an Bord
- > 1 x Captains-Dinner an Bord
- > 1 x Abschiedsdinner mit Musik an Bord
- > Reiseleitung in Mljet, Hvar, Korcula, Dubrovnik und Split
- > Eintritt Nationalpark Mljet
- > Eintritt/Führung im Krka-Nationalpark
- > Reisebegleitung

Alle Ausflüge und Nationalpark-Eintritte bereits inklusive!

\*entsprechend der Regionalzonen, ggf. mit Zuschlag

nd Leserreisen    Veranstalter: MEISSEN-TOURIST  
Herr Diekert    Elbstraße 18  
Tel.: 030-29781620    01662 Meißen

neues deutschland nd  
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG